

Antrag der Fraktion der CDU**Das Bremer Stahlwerk braucht politische Unterstützung!**

Das Bremer Stahlwerk gehört mit seinen rund 4 000 Arbeitsplätzen zu den größten und wichtigsten Arbeitgebern der Region. Diese gilt es ebenso zu erhalten wie die industriellen Kompetenzen in der Stahlfertigung, die eine Schlüsselfunktion für die industriellen Wertschöpfungsketten, beispielsweise in der Automobilindustrie, darstellt. Der Preis- und Wettbewerbsdruck auf dem internationalen Markt für Stahlprodukte ist seit Jahren hoch. Der Handelsstreit zwischen den USA und der Volksrepublik China verschärft das Problem, weil dadurch mehr billiger Stahl auf den europäischen Markt drängt. So haben sich beispielsweise die Stahlimporte aus der Türkei in die Europäische Union (EU) zwischen 2013 und 2018 fast verdreifacht. Einheimische Stahlproduzenten wie ArcelorMittal Bremen unterliegen hohen Anforderungen im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes und haben hohe Arbeits- und Energiekosten. Über den Europäischen Emissionshandel muss ArcelorMittal Bremen bereits heute rund 50 Millionen Euro jährlich für den Zukauf von Zertifikaten aufbringen – Tendenz steigend. Das unterscheidet europäische Stahlproduzenten von ihren Konkurrenten aus vielen Drittländern. Nur durch hochinnovative Produkte, ausgeklügelte Produktions- und Arbeitsprozesse sowie hervorragend ausgebildete und motivierte Mitarbeiter gelingt es ihnen, trotz dieser Wettbewerbsnachteile am Markt zu bestehen.

Die Anhebung des zollfreien Importkontingents für ausländischen Stahl in die EU in diesem Jahr auf 25 Prozent, war in diesem Zusammenhang kontraproduktiv. Aktuell ist die betriebswirtschaftliche Situation des Bremer Stahlwerks von ArcelorMittal Bremen angespannt. Seit dem zweiten Quartal macht der Konzern Verluste, die Umsätze gingen zurück. Als eine Folge dieser Entwicklung, wurde auch im Bremer Werk im zweiten Halbjahr 2019 die Produktion zurückgefahren sowie Arbeitszeit und Löhne um vier Prozent gekürzt. Zum Jahreswechsel soll nun die Produktion weiter gedrosselt und Kurzarbeit für einen Teil der Beschäftigten eingeführt werden. Das muss als Alarmsignal verstanden werden. Die Sicherung der Arbeitsplätze bei ArcelorMittal Bremen hat höchste Priorität. Es ist höchste Zeit, für faire Wettbewerbsbedingungen auf dem Weltmarkt zu sorgen, etwa in Form einer CO₂-Grenzsteuer, deren Welt handelsorganisation (WTO)-konforme Einführung die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, prüfen will. Langfristiges Ziel sollte eine weltweite CO₂-Bepreisung sein.

ArcelorMittal Bremen hat in den vergangenen Jahren bereits viel in die Verminderung von Treibhausgasemissionen investiert. Das Unternehmen hat einen langfristigen Aktionsplan zur CO₂-Reduktion aufgelegt mit dem Ziel, den CO₂-Ausstoß in den nächsten zehn Jahren um weitere 20 bis 25 Prozent zu reduzieren. Dafür ist jedoch ein grundlegender Technologiewechsel notwendig, beispielsweise indem die Hochöfen statt mit Kohle, mit Wasserstoff befeuert werden. Die Investitionsmittel dafür übersteigen das vorhandene Investitionsbudget. Deswegen sind der Bund und das Land Bremen gefordert, den Umstieg auf eine Wasserstoffökonomie im Rahmen von Modellprojekten zu fördern. Ein solches Modellprojekt sollte am Bremer Stahlwerk angesiedelt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) erklärt sich mit der Belegschaft sowie mit der Geschäftsführung von ArcelorMittal Bremen solidarisch in dem Ziel, das Bremer Stahlwerk wettbewerbsfähig aufzustellen.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf sicherzustellen, dass die von Kurzarbeit betroffenen Beschäftigten über die Agentur für Arbeit Bremen-Bremerhaven den gesamten Instrumentenkasten, angefangen von Kurzarbeitergeld bis hin zu Qualifizierungsmaßnahmen und Weiterbildungen, schnell und unkompliziert nutzen können.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene sowie auf europäischer Ebene für eine Herabsetzung der Importquote von Stahl aus Drittländern sowie für die Einführung von CO₂-Grenzausgleichsmaßnahmen in der Europäischen Union einzusetzen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für die Beibehaltung der besonderen Ausgleichsregelung für energieintensive Industrien wie dem Bremer Stahlwerk, im Erneuerbare-Energien-Gesetz einzusetzen.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen einer umfassenden Wasserstoffstrategie gemeinsam mit ArcelorMittal Bremen und anderen Akteuren am Standort ein Modellprojekt zur Herstellung von Wasserstoff als Grundstoff für die Stahlherstellung zu initiieren, dafür eigene Fördermittel zur Verfügung zu stellen, und Drittmittel einzuwerben.

Carsten Meyer-Heder, Bettina Hornhues, Martin Michalik,
Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU